

einmal aufgemacht wird, wenn man einmal einen Reformschritt hinter sich gebracht hat, und

dass wir drittens damit für sehr viele Jahre die Chance verpassen, tatsächlich die Ausbildung von Grundschullehrerinnen und -lehrern auf ein modernes und notwendiges Niveau zu heben?

**Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Ich kann Ihnen nur sagen, dass auch die Universität Halle von acht Semestern ausgeht.

(Zuruf)

- Ich kann ja nur sagen, was sie uns sagt. Es kann ja sein, dass sie Ihnen etwas anderes sagt oder Sie andere Erfahrungen haben. Ich kann Ihnen nur aus den Verhandlungen hinsichtlich der Zielvereinbarungen berichten. Dabei gehen sowohl die Universität Halle als auch wir von acht Semestern aus.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Herr Kollege Lange hat noch eine Frage. - Bitte sehr.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Das kann ich nachvollziehen, weil die Hochschule natürlich auch immer schaut, was sich finanziell noch wie stemmen lässt. Deswegen habe ich auf den Vorabzug hingewiesen, den wir dauerhaft an der Stelle verankern müssten. Das wäre etwas, worüber Sie auch nachdenken könnten.

Ich möchte Sie einfach nur um etwas bitten. Wir diskutieren das Ganze nicht im luftleeren Raum, sondern haben auch unsere Hinweise bekommen. Das ist das, was Frau Bull dazu gesagt hat, dass wir jetzt einen halben Schritt machen. Eigentlich wäre der ganze Schritt der bessere.

Ich würde Sie bitten, das Ganze noch einmal inhaltlich und konzeptionell zu überprüfen und nicht nur das Finanzielle und das Kapazitäre dahinter zu sehen. Das ist eine Bitte an Sie. Wir können das nicht verhandeln. Das müssen Sie machen. Es wäre schön, wenn Sie sich aufgeschlossen zeigen würden, statt der acht zumindest einmal die neun Semester zu prüfen. Vielleicht besteht damit die Möglichkeit, die bessere Lehramtsausbildung in einem Zug zu implementieren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Das war jetzt keine Frage. Ich nehme das mit.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Pähle.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Frau Präsidentin! Zu Beginn des Jahres 2014 habe ich an dieser Stelle gesagt: Es wird ein Jahr der Hochschule. Das hat sich auch bewahrheitet. So schließen wir diesen vorletzten Sitzungstag mit einem weiteren Antrag zum Thema Hochschule und ganz speziell zur Lehramtsausbildung.

Herr Lange, der von Ihnen vorgelegte Antrag und auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben eine große Chance, hier Zustimmung zu erlangen. Die einzige Problematik - ich will die Rede relativ kurz halten -, die sich bei uns ergibt und weshalb wir bitten - nachher mache ich einen Verfahrensvorschlag -, dieses Verfahren einzuhalten, ist die Anhebung der geplanten acht Semester auf neun Semester für das Grundschullehrerstudium.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass der hauptsächliche Vetospieler an dieser Stelle die Hochschulleitung sein wird, weil sofort das Argument der Kapazitätsreduzierung kommen wird, was auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen ist. Für den Sekundarschulbereich wird es dasselbe sein.

Ihren Vorschlag, aus den Hochschulpaktmitteln dann einen Vorklammerabzug zu machen, um das auszugleichen, finde ich persönlich sehr charmant. Das ist aber eine Entscheidung, die kann man nicht on the fly, also einfach einmal so, treffen; vielmehr bedarf es hierzu noch einmal einer Diskussion.

Deshalb mache ich den Verfahrensvorschlag, den vorliegenden Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Kultur und Bildung zu überweisen - mit dem Wissenschaftsbereich haben wir das schon abgesprochen -, um darüber wirklich schnellstmöglich zu beraten. Das würde für den Wissenschaftsausschuss heißen: im Februar. Im Januar funktioniert es nicht, weil die Tagesordnung schon voll ist. Wir können das gern noch einmal besprechen. Ich denke, es wäre möglich, das im Februar aufzurufen und bis dahin eine Klärung zu erreichen, so dass das Ministerium darstellen kann: Wie sieht es aus?

Der Ausschuss für Bildung und Kultur könnte im Januar - - Jetzt ist der Ausschussvorsitzende leider nicht anwesend.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Ich bin doch hier! - Frau Rotzsch, CDU: Schon die ganze Zeit!)

- Entschuldigung.

(Zuruf: Das war Majestätsbeleidigung! - Unruhe bei der CDU)

Der Ausschuss für Bildung und Kultur könnte diesen Antrag bereits im Januar aufrufen und fach-

liche Fragen, auch die, die im Kultusministerium ankommen, und den KMK-Beschluss, den der Minister angeführt hat, bewerten, sodass wir dann eine Entscheidung treffen können, die die Hochschulen nicht überfordert, die jedoch auf einen sinnvollen Reformschritt zielt.

Es ist zwischen den Fraktionen unstrittig, dass wir eine Weiterentwicklung der Lehramtsausbildung durch die Elemente Inklusion und Umgang mit heterogenen Lerngruppen brauchen. Dass die Studierenden dafür Zeit benötigen, ist auch unstrittig.

Unser Anliegen ist, das an dieser Stelle gut abgewogen zu tun und nicht übers Knie zu brechen, weil einige Fragen noch ungeklärt sind.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Verfahren, verbunden mit der Aufforderung an alle, an das Ministerium, an die Ausschüsse, quasi an uns selbst, diesen Prozess ganz kurzfristig abzuschließen, um auf die Entwicklungen der Hochschule noch Einfluss zu haben.

Ich bin mir darin sicher, dass Regelungen in diesem Bereich auch an die Hochschule mit einer Grundformulierung und der Zielvereinbarung herangetragen werden können. Dann gibt es noch einmal spezifische Verhandlungen, wenn es um das Lehramt geht.

Ich glaube, das ist ein Verfahren, mit dem wir uns der Thematik sinnvoll und fachorientiert nähern könnten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke, sehr Frau Dr. Pähle. Frau Dr. Pähle, es gibt eine Anfrage von Herrn Lange.

#### **Herr Lange (DIE LINKE):**

Also der Jubelschrei wegen der Ausschussüberweisung wird wegen der Zeit jetzt nicht besonders groß ausfallen. Aber ich verstehe natürlich auch, dass Sie darüber noch einmal beraten wollen. Das ist vernünftig. Das kann ich nachvollziehen.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass wir dann den Wissenschaftsminister bitten oder auffordern sollten, wenn es bis dahin die Zielvereinbarungen geben sollte - das wäre einmal eine vernünftige Zeit, eigentlich sollten sie am Ende des Jahres fertig sein -, eine hinreichend offene Formulierung hinsichtlich der Semesterzahl zu finden, damit wir an der Stelle nicht die Tür zuschlagen, sondern tatsächlich auch eine ernst zu nehmende Beratung führen können?

#### **Frau Dr. Pähle (SPD):**

Diese Bitte an den Minister kann ich unterschreiben. Ich denke, es wird sich dafür eine Regelung

finden lassen, die dem Wunsch des Parlamentes entspricht, aber auch die Rahmenbedingungen der Hochschule erfasst. Ich denke, das ist möglich, Ich denke auch, dass der Minister die Bitte auch so verstanden hat.

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr. - Jetzt spricht Frau Professor Dr. Dalbert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten sozusagen über einen Antrag, der für mich ein Ausdruck von Verzweiflung ist, weil wir Anträge zur ersten Phase der Lehramtsausbildung seit zwei Jahren im Ausschuss haben. Erst wurde ein Antrag von uns und dann einer von der Fraktion DIE LINKE gestellt. Es geht nicht voran, obwohl eine Anhörung durchgeführt wurde und gute Anregungen vorhanden sind. Jetzt gibt es sozusagen - -

(Unruhe - Herr Borgwardt, CDU, und Frau Budde, SPD, führen ein Gespräch)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Ich glaube, Frau Professor Dalbert hat gerade das Wort.

(Frau Budde, SPD: Entschuldigung!)

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Gut, dann nehme ich noch einmal einen Anlauf: Das ist sozusagen die eine Verzweiflung, die einen dabei treibt. Die andere Verzweiflung, die einen treibt, ist die Frage nach den Zielvereinbarungen; denn man weiß nicht wirklich, was in den Zielvereinbarungen vereinbart wird und was der Gegenstand der Verhandlungen ist.

Der Antrag, der uns heute vorliegt, gibt den Parlamentariern noch einmal die Chance, der Landesregierung unter die Arme zu greifen und das Landesinteresse an der Stelle zu definieren.

Wenn ich den Debattenverlauf betrachte, dann scheint es tatsächlich Bewegung zu geben, sodass wir durch diesen Antrag hinsichtlich der Zielvereinbarungen vielleicht tatsächlich einen Schritt weiterkommen.

(Unruhe)

Der Antrag hat zwei Teile. Er befasst sich zum einen mit der Flexibilisierung des Grundstudiums. Das sollte in der Debatte über den zweiten Teil nicht verloren gehen, weil ich finde, dass das eigentlich auch im Landesinteresse sein muss. - Das habe ich auch ein bisschen aus Ihrer Rede, Herr Minister, herausgehört.

Das Problem fängt schon damit an, dass Schülerinnen und Schüler, die sich für das Lehramt und